

Bezirkselfternausschuss (BEA) Schule Friedrichshain-Kreuzberg



Geschäftsstelle: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Schul- und Sportamt, Frankfurter Allee 35/37,10247
Berlin, Tel. 90298-46271, [E-Mail: post@bea-fk.de](mailto:post@bea-fk.de)

An die Bezirksbürgermeisterin Friedrichshain-Kreuzberg
An das Schulamt Friedrichshain-Kreuzberg
An den Bezirksstadtrat für Schule und Sport Andy Hehmke
An den Schulausschuss Friedrichshain-Kreuzberg
An die parlamentarischen Sprecher für Bildung der Fraktionen in der BVV Friedrichshain Kreuzberg
An die parlamentarischen Sprecher für Bildung der Fraktionen im Abgeordnetenhaus-Berlin

Berlin, 16.01.2019

**Der Bezirkselfternausschuss Schule Friedrichshain-Kreuzberg
fordert alle im Bezirk verantwortlichen Politiker – die Bezirksbürgermeisterin Monika
Herrmann, den Bezirksstadtrat Andy Hehmke, die Mitglieder des Schulausschusses, sowie
alle Mitglieder der Bezirksverordneten-Versammlung Friedrichshain / Kreuzberg auf, ggf.
durch hinwegsetzen über politische Befindlichkeiten, unverzüglich die Voraussetzungen
dafür schaffen das Gebäude der Rosegger-Schule als Schule zu revitalisieren und
schnellstmöglich als Ausweichquartier, für Auslagerungszeiträume freiziehender Schulen
im Bezirk zu nutzen.**

Begründung:

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg kann es sich angesichts der stetig wachsenden Schülerzahlen nicht leisten, permanent Schulen während Sanierungen und Schulneubau in umliegende Schulen freizuziehen!

Das Gebäude der ehemaligen Rosegger-Schule ist weiterhin im Besitz des Bezirks, wird aber seit 2011 per Erbpachtvertrag von einer Musikschule betrieben, die allerdings die Bedingungen des Erbbauvertrages nicht erfüllt. Nach Information des Tagesspiegels soll sogar lediglich das Erdgeschoss genutzt werden, alle anderen Etagen des Schulgebäudes stehen leer. Der Erbpachtvertrag wäre somit kündbar. Zur Inbetriebnahme als Schule stünden nach Auskunft des Bezirks noch bauliche Maßnahmen entgegen.

Da im Bezirk in den nächsten Jahren im Rahmen der Schulbauoffensive mehrere Schulen saniert, bzw. neu gebaut werden, wird wie erwähnt, dringend ein Ausweichquartier benötigt. Das Beispiel der Lenau-Grundschule, die aktuell unter dieser Situation auf zwei Schulstandorte freigezogen werden soll und damit mit logistischen Problemen und pädagogischen Zerissenheiten zu kämpfen hat, zeigt wie unerlässlich ein Ausweichquartier im Bezirk ist.

Die Hauptgründe, die dem entgegenstehen sind jedoch offenbar nicht nur in den augenscheinlichen notwendigen baulichen Maßnahmen und/ oder dem zu lösenden Erbbauvertrag zu suchen, sondern vielmehr in Bestrebungen in der Politik, insbesondere betrieben von der Fraktion der Grünen, die das Gebäude als Kulturzentrum nutzen wollen. Dazu hätten laut Andy Hehmke (Tsp) mehrere Fachämter im Bezirk Begehrllichkeiten auf das Schulgebäude für ihre Büroflächen angemeldet.

Die Eltern im BEA halten es für eine verkehrte Priorität, ein Kulturzentrum in ein bestehendes Schulgebäude zu integrieren, welches dringend für Grundschulkindern benötigt wird. Der BEA erinnert daran, dass Rot/Rot/Grün sich auf die Fahnen geschrieben hat, die Berliner Schulbauoffensive auf höchste Priorität zu stellen. Voraussetzung aller Kultur liegt in Bildung. Zudem hat Bezirk und Land eine Daseinsfürsorge, und diese besteht prioritär eben gerade darin, Schulkindern Schulplätze und Schulgebäude für optimierte Unterrichtsbedingungen zur Verfügung zu stellen. Dass das Schulgebäude als Bürofläche genutzt werden soll, erscheint angesichts wachsender Stadt und dem prognostizierten Anstieg der Schülerzahlen und damit der in Zukunft benötigten Schulplätze als geradezu weltfremd und widersinnig.

Ohne eine zeitmäßig intakte Umsatzschule müssten auch die in den nächsten Jahren von Sanierung betroffenen Schulen in bestehende Schulen einziehen, was angesichts der erwähnten steigenden Schülerzahlen zu kaum mehr zu bewältigenden Beeinträchtigungen führen würde. Am Beispiel der geplanten „Umlagerung“ der Lenau-Grundschule in die LMO-Schule und die Ferdinand-Freiligrath-Schule zeigt sich schon jetzt, dass eineinhalb Jahre vor der eigentlichen Auslagerung, die Verantwortlichen der Lenau-Grundschule vor kaum lösbare Probleme und jede Menge zusätzliche administrative Arbeit gestellt werden. Es fehlen für den Betrieb als gebundene Ganztagschule an den Auslagerungsstandorten funktionierenden Mensen, ausreichend Spiel- und Freiflächen, Sporthallen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Der BEA ist sich sicher: Ein entschiedenes politisches Handeln aller Verantwortlichen im Bezirk würde die bestehenden Hürden für einen Heimfall und eine Wiedernutzung als Schule (Kündigung des Erbbauvertrags, bauliche Ertüchtigung) mit Sicherheit Probleme dieser Art und einen funktionierenden Betrieb einer auszulagernden Schule erheblich normalisiert ablaufen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Julia Krutz
BEA Vortizende